



Verband Bayerischer Rechtspfleger e.V.

Rechtspfleger-Kurier

Ausgabe II/2009

Jahrgang 42

Treffen mit Frau Staatsministerin der Justiz und für Verbraucherschutz, Dr. Beate Merk:

Anfang März 2009 wurden die Bemühungen der Vorstandschaft um einen Termin bei Frau Dr. Merk belohnt. Die Vorstandschaft traf sich im Justizministerium mit Frau Dr. Merk und den Herren Ministerialdirektor Hans-Werner Klotz, Ministerialrat Andreas Zwerger, Ministerialrat Dr. Rainer Wiedemann und Ministerialrat Dr. Peter Frank zu einem konstruktiven Gespräch in angenehmer Atmosphäre.



(v.l.: Dieter Santl, Peter Hofmann, Kurt Rosemann, Georg Saffert, Dr. Beate Merk, Claudia Kammermeier, Christine Hofstetter, Robert Schmid)

Der Vorsitzende Kurt Rosemann erläuterte und bekräftigte die Forderung des Verbandes nach zusätzlichen Stellen für Rechtspfleger im anstehenden Doppel-

haushalt 2009/2010. Frau Dr. Merk betonte ihr Bemühen. Sie bedauerte, dass es ihr in den Verhandlungen zum anstehenden Doppelhaushalt nicht gelungen ist, eine Stellenmehrung zu erreichen. Sie werde dieses Anliegen aber im nächsten Doppelhaushalt besonders in-

Inhaltsverzeichnis

- ◆ Besuch bei Justizministerin Dr. Beate Merk Seite 1
- ◆ Treffen mit dem Fraktionsvorsitzenden der CSU Seite 2
- ◆ Treffen mit dem Vorsitzenden des BBB Seite 3
- ◆ Gespräch mit dem Abgeordneten MdL Volmar Halbleib Seite 3
- ◆ Bericht über das Seminar zur Mitgliederwerbung Seite 4
- ◆ BV Traunstein im Gespräch mit dem Fraktionsvorsitzenden der bayerischen Grünen Sepp Daxenberger Seite 5
- ◆ Treffen mit Abgeordneten der bayerischen SPD Fraktion Seite 7
- ◆ Gratulanten zum 100. Geburtstag von Rechtspflegerkollegen Rudolf Wagner Seite 7
- ◆ Termine Seite 7
- ◆ Diverses Seite 8

tensiv vertreten. Erfreulich seien aber 94 Stellenhebungen, die für den Rechtspflegerbereich erzielt werden konnten. Zum Thema Dienstrechtsreform stellte Kurt Rosemann das immer noch aktuelle Anliegen des Verbandes nach einem höheren Einstiegsamt für Rechtspfleger vor. Frau Dr. Merk sagte zu, ein Einstiegsamt in A 10 zu unterstützen und gegenüber dem Finanzministerium zu fordern.

Weiter wurden die Möglichkeiten zum Wegfall von Richtervorbehalten in Nachlass- und Registersachen besprochen. Hier wurde mit Frau Dr. Merk vereinbart, dass sich das Ministerium in den anderen Bundesländern nach den dort gemachten Erfahrungen erkundigen und sodann mit der Vorstandschaft ein weiteres Gespräch führen wird.

Frau Dr. Merk informierte den Verband außerdem, dass sie derzeit Verbesserungsmöglichkeiten im Bereich der Juristenausbildung prüfen lasse, um alternative Vorschläge zum sogenannten Bologna-Prozess zu haben, den sie im Bereich der universitären Juristenausbildung und beim Rechtspflegerstudium strikt ablehnt.

Claudia Kammermeier

Treffen mit dem Vorsitzenden der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, Georg Schmid:

Am 29.01.2009 fand im Bayerischen Landtag ein Treffen von Vorstandsmitgliedern (Rosemann Kurt, Saffert Georg und Schmid Robert) mit dem Fraktionsvorsitzendem der CSU im Bayerischen Landtag, Georg Schmid statt.

Schwerpunktthemen waren erneut die Forderungen des VERBANDS

- nach Stellenmehrungen und -hebungen für Rechtspfleger im Doppelhaushalt 2009/2010,

- einem Einstieg für Rechtspfleger in A 11 im Rahmen der Dienstrechtsre-

form

- und die Aufhebung von Richtervorbehalten in Nachlass- und Handelsregistersachen.

Herr Schmid zeigte viel Verständnis für unsere Forderungen. Er verwies auf seine engen Verbindungen zu den Gerichten und seine guten Kenntnisse der dortigen Situation, auf die vom Kabinett bereits beschlossenen Stellenhebungen für Rechtspfleger aber auch auf die vorhandenen Sparzwänge. Letztlich sei es die Entscheidung der Staatsministerin der Justiz und für Verbraucherschutz, auf welche Laufbahnen sie die ihr vom Kabinett zugesagten zusätzlichen 226 Stellen verteilt.

Er empfahl dringend, im Gespräch mit Frau Dr. Merk die Notwendigkeit von zusätzlichen Rechtspflegerstellen deutlich zu machen. Er sagte zu, eine von Frau Dr. Merk bereits für den Doppelhaushalt 2009/2010 noch erhobene Forderung nach zusätzlichen Stellen für Rechtspfleger zu unterstützen.



(v.l.: Robert Schmid, Georg Schmid, Kurt Rosemann, Georg Saffert)

Die Vorstandsmitglieder bedankten sich bei Herrn Fraktionsvorsitzendem Schmid vielfach für die Gesprächsbereitschaft.

Kurt Rosemann

Treffen mit dem Vorsitzenden des BBB, Rolf Habermann

Ein Teil der Vorstandschaft des Verbandes traf sich am 11.02.2009 in den Räumen des Bayerischen Beamtenbundes (BBB) mit dem BBB-Vorsitzenden Rolf Habermann.

Kurt Rosemann erläuterte die Unterschiede eines Rechtspflegers im Vergleich zu anderen gehobenen Beamten, insbesondere die sachliche Unabhängigkeit und die durch das einheitliche Rechtspflegeramt und die Gleichwertigkeit der Rechtspflegeaufgaben stets gleiche Tätigkeit unabhängig von der Besoldungseinstufung. Der derzeitige Einstieg in A 9 sei deshalb unzureichend. Dies bestätigen auch die Konferenzen der Justizminister, die seit 1970 eine Verbesserung fordern. Insbesondere hat die JuMiKo auf ihrer 62. Konferenz 1991 diese geforderte Verbesserung für nunmehr unaufschiebbar gehalten.

Der Vorsitzende des BBB, Rolf Habermann, äußerte Verständnis für die Forderung des Verbandes Bayerischer Rechtspfleger bezüglich seiner Forderung nach einem Einstiegsamt in A 11.



(v.l. Georg Saffert, Robert Schmid, Kurt Rosemann, Rolf Habermann (BBB), Claudia Kammermeier, Peter Hofmann)

Rolf Habermann informierte die Vorstandschaft über aktuelle Themen wie den Sachstand bei den derzeit laufenden Tarifverhandlungen. Habermann zeigte sich - nach Gesprächen mit zahlreichen politisch Verantwortlichen, u.a. Ministerpräsident Horst Seehofer - optimistisch, dass es für die Beamtinnen und Beam-

ten in Bayern in 2009 eine angemessene Besoldungserhöhung geben wird. Der BBB befürwortet zudem eine Verlängerung der Altersteilzeitregelungen und kämpft weiter für die Rücknahme der 42-Stunden-Woche. Auch verhandelt der BBB derzeit mit den Landtagsfraktionen bezüglich eines Vorziehens des Beförderungszeitpunkts für die im Entwurf des Doppelhaushalts eingestellten Beförderungen.

Besprochen wurden ferner die Umsetzung der Beförderungen, die Beurteilungsregelungen und die geplante Laufbahnverordnung.

Claudia Kammermeier

Der BV Würzburg im Gespräch mit dem Abgeordneten MdL Volkmar Halbleib

Am 02. März 2009 fand auf Initiative des Bezirksverbandes Würzburg ein Gespräch mit dem Wahlkreisabgeordneten der SPD, Herrn MdL Volkmar Halbleib, und dem Vorsitzenden des Bezirksverbandes Würzburg, Kollege Ralf Veigel, sowie dessen Vertreterin, Kollegin Christine Hofstetter, statt. Das Gespräch sollte zum einen dem gegenseitigen Kennenlernen dienen, zum anderen sollte aber auch die Position des Verbandes zu aktuellen Problemen unseres Berufsstandes aufgezeigt werden. Sehr eindringlich wurde dem Abgeordneten in der einstündigen Unterredung dargelegt, dass nach der Bundestagswahl im September 2009 schnell wieder die Problematik der Übertragung der Nachlasssachen auf die Notare auf der bayrischen Agenda stehen könnte. Ausführlich wurden nochmals die Argumente aufgelistet, die gegen eine Übertragung sprechen. Weitere Gesprächsinhalte waren die Abschaffung von Richtervorbehalten, insbesondere in Nachlass- und Registersachen, die bayernweite Belastung der Justiz im allgemeinen und der Rechts-

pfleger im besonderen sowie die Dienstrechtsreform samt den damit verbundenen Problemen (Stichwort: Bewertung von Leistungen des sachlich unabhängigen Rechtspflegers, Eingangsamt A 11 etc.)

MdL Halbleib machte deutlich, dass viele Argumente des Rechtspflegerverbandes, gerade bei der Übertragung von Justizsachen auf Dritte und bei der Abschaffung von Richtervorbehalten, nachvollziehbar seien und versprach Unterstützung. Weniger optimistisch sei er, was die Forderungen des Verbandes im Rahmen der Dienstrechtsreform angingen, da aufgrund der wirtschaftlichen Lage derzeit wohl eher nicht mit Verbesserungen bei der Besoldung zu rechnen sei.

Das Gespräch, das in einer bemerkenswert offenen und angenehmen Atmosphäre stattfand, endete mit der Zusicherung des Abgeordneten weiterhin in Kontakt mit dem Bezirksverband bleiben zu wollen. Ende März wird der Vorstand des Bezirksverbandes Würzburg mit den Wahlkreisabgeordneten der CSU ein ähnliches Gespräch führen.



Ralf Veigel (l.) und Christine Hofstetter (r.) übergeben Herrn MdL Volkmar Halbleib die Resolution des VERBANDES zur Aufhebung der Richtervorbehalte

Ralf Veigel

Seminar Mitgliederwerbung in Königswinter

Am ersten Adventswochenende fand in Königswinter das Seminar „Mitgliederwerbung, Mitgliederbetreuung und -aktivierung“ in der dbb-Akademie statt. Wegen der großen Bedeutung des Themas wurde die Tagung von dem Bundesvorsitzenden Peter Damm geleitet, Dozent war Dipl. Psychologe Peter M. Jung.

Die zehn Teilnehmer aus sieben Bundesländern stellten zunächst sich und ihre Erwartungen an das Seminar vor. In verschiedenen Gruppen wurden sodann Argumente für eine Mitgliedschaft im BDR gesammelt. Außerdem versuchten wir, die Bedürfnisse und Erwartungen der Mitglieder zu eruieren. Die Wichtigkeit von exklusiven Vorteilen für Mitglieder trat dabei ebenso deutlich zu Tage wie ein dringend erforderliches, einheitliches Erscheinungsbild.

Durch eine lebhaft Diskussions kamen wir dann zu der Frage, für welche Werte und Ziele der BDR steht. Außerhalb des eigentlichen Tagungsprogramms beschäftigte sich deshalb eine Arbeitsgruppe speziell mit diesem Punkt und startete damit einen Denkprozess, der während der Tagung nicht abgeschlossen werden konnte.

Weiter arbeiteten wir an den Themen Motivation und Gesprächsführung. Hierzu führten wir auch – nicht zur Freude aller Teilnehmer – Rollenspiele durch, an deren Ende aber auch die Skeptiker von dem Nutzen überzeugt waren.

Ferner war die Frage der Zufriedenheit bzw. Unzufriedenheit der Mitglieder ein wichtiger Teil der Veranstaltung. Ich denke, jeder Teilnehmer hat einen Gewinn aus diesem Wochenende gezogen – vielleicht nicht jeder den gleichen. Aber durch neue – oder auch wieder in Erinnerung gebrachte – Aspekte ergeben sich jedenfalls Hilfestellungen für die täglichen Fragen und Probleme zu diesem Thema.

Die harmonische und freundschaftliche Zusammenarbeit während der Tagung

und die netten unterhaltsamen Abende entschädigten uns etwas für das verlorene Adventswochenende.

Claudia Kammermeier

Sepp Daxenberger besucht Traunsteiner Justiz Kritische Diskussion auf Einladung von Richter- und Rechtspflegerverein

Traunstein – Der gemeinsamen Einladung von Richter- und Rechtspflegerverein in Traunstein zu einer Informationsveranstaltung im Justizgebäude zur aktuellen Situation im Bayerischen Landtag und zum Thema „Bayern im Wandel – wo bleibt die Justiz?“ waren knapp 50 Richter, Staatsanwälte und Rechtspfleger aus dem gesamten Landgerichtsbezirk gefolgt. Besonders erfreut zeigten sich Dr. Ludwig Kroiß als Vorsitzender des Bezirksverbandes Traunstein im Bayerischen Richterverein sowie Wolfgang Benischke als stellvertretender Vorsitzender im örtlichen Rechtspflegerverband, dass es Ihnen gelungen war, den Landtagsabgeordneten und Fraktionsvorsitzenden der bayerischen GRÜNEN Sepp Daxenberger als Redner und Diskussionspartner zu gewinnen.

Nach der kurzen Begrüßung durch die beiden Vereinsvorstände berichtete Sepp Daxenberger trotz seiner angegriffenen Stimme in anschaulicher Form über die aktuelle Situation im Bayerischen Landtag, wobei er natürlich besonders auf die Belange der Bayerischen Justiz einging. Problematisiert wurde vor allem die angespannte Personalsituation bei Richtern, Staatsanwälten, Rechtspflegern und insbesondere im Bereich des mittleren Justizdienstes. Trotz der sehr hohen Arbeitsbelastung seien im

Doppelhaushalt 2009/2010 keine zusätzlichen Stellen vorgesehen. Einen entsprechenden Antrag der Oppositionsparteien im Landtag habe die Bayerische Staatsregierung unter Hinweis auf die angespannte finanzielle Situation im Freistaat abgelehnt. Daxenberger betonte, bei ihm entstehe häufig das Gefühl, die hohe Leistungsbereitschaft der Justizbediensteten werde von den Regierungsparteien bewusst immer weiter ausgereizt, um die Grenze der Belastbarkeit auszutesten. Obwohl die Beamten immer stärker gefordert würden, werde nichts getan, um den Beförderungsstau, der vorrangig Rechtspfleger und Bedienstete im Unterstützungsbereich betreffe, abzubauen.

Schon bald nach diesen ersten Ausführungen des Fraktionsvorsitzenden entwickelte sich eine lebhafte Diskussion, in deren Verlauf zunächst der Leitende Oberstaatsanwalt Helmut Vordermayer auf die äußerst prekäre personelle Lage an seiner Behörde hinwies. Er hob hervor, dass ein Staatsanwalt derzeit durchschnittlich das 1,3-fache des eigentlich vorgesehenen Arbeitspensums bewältigen müsse. Berücksichtige man ferner, dass Fehlzeiten infolge von Krankheit, Urlaub oder Mutterschutz und Elternzeit von den jeweiligen Kollegen voll vertreten werden müssten, so sei die Grenze der Belastbarkeit längst erreicht. Sollte es hier nicht in absehbarer Zeit zu deutlichen Verbesserungen kommen, so leide zwangsläufig auch die Qualität der Arbeit. Dies gelte auch für die Arbeit der Rechtspfleger, die ständig mit zusätzlichen Aufgaben betraut würden. Besonders am Herzen lag Vordermayer die Situation im mittleren Dienst, wo Stelleneinsparungen zu zum Teil unerträglichen Zuständen geführt hätten. Hier bestehe ganz dringender Handlungsbedarf, da ansonsten ein geregelter Geschäftsbetrieb nicht mehr gewährleistet werden könne.

Der Präsident des Landgerichts Edgar Vavra stellte sodann die Situation bei den Richtern dar, die ähnlich stark be-

lastet seien wie die Staatsanwälte. Problematisch sei in diesem Zusammenhang die Wiederbesetzungssperre, die zwar auf maximal drei Monate verkürzt worden sei, aber dennoch große Probleme für den Referatsnachfolger verursache, da eine Vertretung kaum möglich sei. Vavra forderte daher von der Politik die umgehende Abschaffung der Wiederbesetzungssperre.

In seiner Funktion als Direktor des Amtsgerichts Traunstein wies der Vorsitzende des Richtervereins Dr. Kroiß darauf hin, dass es an seiner Behörde einen Fehlbestand von neun Rechtspflegern gebe, was unmittelbar negative Folgen für rechtsuchende Bürger habe, die deshalb zum Beispiel bei Grundbuchumschreibungen oder Erbscheinsangelegenheiten längere Wartezeiten in Kauf nehmen müssten. Zudem sei der starke Personalabbau im mittleren Dienst durch die Einführung moderner EDV-Programme nicht zu kompensieren. Denn es fehle an qualifiziertem Personal zur Bedienung dieser Programme, da in diesem Bereich zu wenig ausgebildet werde. Schließlich sei es äußerst schwierig, Mitarbeiter aus dem mittleren Dienst und bei den Rechtspflegern zu motivieren, wenn diese selbst bei ausgezeichneten Leistungen mit Wartezeiten von bis zu 25 Jahren bis zu einer Beförderung rechnen müssten.

Der stellvertretende Leiter der Staatsanwaltschaft, Oberstaatsanwalt Wilhelm Sing, kritisierte Daxenberger für dessen öffentliche Äußerungen zu einem laufenden Ermittlungsverfahren. Dieser distanzierte sich daraufhin von seiner früheren Wortwahl, blieb aber in der Sache bei seiner Kritik.

Der Landtagsabgeordnete und Fraktionsvorsitzende der bayerischen GRÜNEN Sepp Daxenberger (Mitte) mit den Organisatoren der Informationsveranstaltung, dem Amtsgerichtsdirektor und Richtervereinsvorsitzenden Dr. Ludwig Kroiß (rechts) und dem stellvertretenden Vorsitzenden des Rechtspflegerverbandes Wolfgang Benischke (links).



Im weiteren Verlauf der Diskussion wurde von verschiedenen Teilnehmern die Frage nach dem Stellenwert der Justiz in Politik und Gesellschaft gestellt. Problematisiert wurde die Schwächung deren Stellung durch die Abschaffung des Bayerischen Obersten Landesgerichts, den Abbau des Kammerprinzips am Landgericht und die Aufnahme des Verbraucherschutzes in das Bayerische Justizministerium, obwohl sich die Justiz insbesondere im Rahmen der Wiedervereinigung bewährt und eine wichtige Funktion für den Staat habe. Aus dem Kreis der Rechtspfleger wurde die diskutierte Übertragung von Aufgabenbereichen des Nachlassgerichts auf Notare thematisiert. Diese werde von den Rechtspflegern eindeutig abgelehnt, da eine solche Übertragung ausschließlich mit Nachteilen für die Bürger und sogar mit schweren Belastungen für den Staatshaushalt verbunden wäre.

Sepp Daxenberger nahm die Diskussionsbeiträge auf und betonte, dass sich seine Partei für starke Kommunen und für einen starken Staat einsetze. Er versprach, die gewonnenen Eindrücke an die zuständigen Stellen in seiner Partei weiterzugeben. Für problematisch halte er das aktuelle Konjunkturpaket Bildung, mit dem lediglich in Beton statt in Köpfe investiert werde. Angesichts der schlechten Personalsituation in der gesamten Justiz müssten dringend neue Stellen geschaffen werden. Auch dürfe sich der Staat bei der Ausbildung junger Menschen nicht seiner Verantwortung entziehen.

Wolfgang Benischke

Treffen mit Abgeordneten der SPD

Am 08.01.2009 trafen sich, vermittelt von Beate Büttner, Rechtsassessorin (Ass. jur.) und Parlamentarische Beraterin der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag, Vertreter der Vorstandschaft (Rosemann, Schmid, Saffert, Hofstetter) mit den Mitgliedern der SPD-Fraktion im „Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz“, den Abgeordneten Franz Schindler (Ausschussvorsitzender), Horst Arnold und Markus Rinderspacher.

Gesprächsschwerpunkte waren die Eingabe des Verbandes Bayerischer Rechtspfleger zu dem Doppelhaushalt 2009/2010, die geplante Dienstrechtsreform und die Aufhebung von Richtervorbehalten in Nachlass- und Handelsregistersachen.

Die Abgeordneten sagten zu, den Verband Bayerischer Rechtspfleger bei der Forderung nach zusätzlichen Stellen und einer deutlichen Verbesserung der Beförderungssituation zu unterstützen.

Die Forderung des VERBANDS im Rahmen der bevorstehenden Dienstrechtsreform nach einem Einstieg in A 11 für Rechtspfleger wurde von den Mitgliedern der Vorstandschaft ausführlich erläutert. Wir bedankten uns für das harmonische, konstruktive und von gegenseitigem Verständnis und Interesse geprägten Gespräch.

Kurt Rosemann

Rudolf Wagner wurde 100

Kollege Rudolf Wagner feierte am 14. Februar 2009 seinen 100. Geburtstag im Ernst-Faber-Haus in Coburg. Im Kreise zahlreicher Gratulanten nahm der rüstige Rechtspfleger a.D. die Glückwünsche des Verbandes durch die Kollegen Peter Herrmannsdörfer und Karl-Heinz Zeibich entgegen.



(v.l.: Karl-Heinz Zeibich, Rudolf Wagner, Peter Herrmannsdörfer)

Kollege Wagner ist in Neustadt b. Coburg geboren, besuchte in Coburg die Oberrealschule „Ernestinum“ und schlug anschließend die Rechtspflegerlaufbahn ein, die er als Oberamtsrat beendete. Er ist dem Verband schon als Anwärter beigetreten und beteiligte sich aktiv am Verbandsgeschehen. Von 1963 bis 1967 war er Vorsitzender des Bezirksverbands Coburg. Als Rechtspfleger hat er in allen Aufgabenbereichen gearbeitet. Nach dem 2. Weltkrieg wurde er Geschäftsleiter der Staatsanwaltschaft Coburg. Von 1963 bis zu seiner Pensionierung im Februar 1974 hatte er das Amt des Bezirksrevisors am Landgericht Coburg inne.

Peter Herrmannsdörfer

Termine

- ◆ Präsidiumssitzung des BDR vom 23. bis 25.05.2009
- ◆ Hauptverwaltungssitzung vom 22. bis 24.06.2009
- ◆ Dämmerschoppen in Coburg und Gedenken am den Hundertsten Jahrestag der Gründung des Verbandes Bayerischer Rechtspfleger am 17.07.2009
- ◆ Tagung Akademie Bad Boll vom 18.-20.11.2009
- ◆ Bayerischer Rechtspflegertag im Juni 2010

Diverses

- ◆ Im Januar wurde der langjährige Präsident des Landgerichts Amberg, Klaus Demmel, in den Ruhestand verabschiedet. Nachfolger wurde der bisherige Direktor des Amtsgerichts Amberg, Dr. Wolfgang Schmalzbauer.
- ◆ Die Einnahmen aus der Arbeit der bayerischen Gefangenen betragen im Jahr 2008 47,7 Mio Euro und lagen damit knapp unter dem Vorjahreseinnahmen von 47,8 Mio.
- ◆ Zweifache Stabsübergabe in Aschaffenburg: Peter Brustmann, ehemals Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht Bamberg, wurde neuer Präsident des Landgerichts Aschaffenburg. Die Oberstaatsanwältin Dr. Irene Singer übernahm die Leitung der Staatsanwaltschaft Aschaffenburg. Ihr Vorgänger, Ernst Wich-Knoten, war zum 01.07.2008 zum Präsidenten des Landgerichts Schweinfurt berufen worden.
- ◆ Der langjährige Präsident des Landgerichts München II, Raphael Singer, trat zum 01.02.2009 in den Ruhestand. Sein Nachfolger wurde Christian Schmidt-Sommerfeld
- ◆ Der Justizhaushalt beträgt in Bayern weniger als 5 Prozent der Staatsausgaben. Gleichzeitig liegt die Einnahmen-Deckungsquote bei weit über 40 Prozent. Die Wertschöpfung ist daher verhältnismäßig hoch.
- ◆ Der Präsidenten des Landgerichts Ingolstadt, Dr. Thomas Dickert, wechselte zum 01. Dezember 2008 in das Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz und hat dort die Leitung der neuen Abteilung "Verbraucherschutz und Grundsatzfragen" übernommen. Seine Nachfolgerin wurde Sibylle Dworazik, die zuvor als Vorsitzende Richterin am Oberlandesgericht München tätig war.

Herausgeber:

Verband Bayerischer Rechtspfleger e.V., 80097 München;

E-Mail: info@rechtspflegerverband-bayern.de

weitere Informationen und aktuelle Meldungen unter www.rechtspflegerverband-bayern.de

Vorsitzender Kurt Rosemann, Nürnberg,

Schriftleiterin u. verantwortlich für den Inhalt: Daniela Woite,

Amtsgericht München, Infanteriestr. 5, 80097 München

Mit Namen unterzeichnete Artikel, Stellungnahmen, Leserbriefe etc. werden unter alleiniger Verantwortung des Unterzeichners veröffentlicht und geben grundsätzlich nur dessen Auffassung wieder. Ihre Veröffentlichung beinhaltet nicht, daß sich Herausgeber oder Schriftleitung die darin enthaltenen Tatsachenbehauptungen zu eigen machen oder die darin geäußerten Meinungen teilen.

Debeka

Krankenversicherungsverein a. G.



**Wechseln Sie jetzt zur Nr.1
in der privaten Krankenversicherung!**

erfahren. sicher. günstig.

**Größte Selbsthilfeeinrichtung des
öffentlichen Dienstes auf dem
Gebiet der Krankenversicherung**

**Landesgeschäftsstelle Landshut
Dreifaltigkeitsplatz 11/11a
84028 Landshut
Telefon (08 71) 96 56 50 - 0**

**Landesgeschäftsstelle München
Damenstiftstraße 9
80308 München
Telefon (089) 23 50 10**

**Landesgeschäftsstelle Nürnberg
Marienstraße 27
90402 Nürnberg
Telefon (09 11) 23 20 40**

www.debeka.de

Debeka